

# *Wirtschaft- und Familienförderung im Kontext*

**Die ständige Bevölkerung Liechtensteins erhöhte sich gemäss den vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2017 gesamthaft um 301 Personen.**

Die ausländische ständige Bevölkerung um 143 Personen, die der Liechtensteiner um 158 Personen. Zudem wurden 147 in Liechtenstein wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer im Jahr 2017 eingebürgert. Die in Liechtenstein arbeitenden Voll- und Teilzeitbeschäftigten erhöhten sich im Jahr 2017 um 1357 Personen. 85 Prozent der von 2000 bis 2016 neu geschaffenen Stellen wurden mit Zupendlern besetzt. Am Arbeitsplatz ist der Liechtensteiner eine kleine Minderheit und in den Führungsetagen immer weniger anzutreffen.

Die VU stellte ein Bürgerpaket zusammen, um zukunftsorientierte Lösungen für die brennenden sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen zu erarbeiten. Im Paket enthalten ist auch die Stärkung der

Familien. In einem offenen Brief kritisierte Regierungschef Adrian Hasler das VU-Bürgerpaket heftig. Für ihn sind beispielsweise Investitionen in eine leistungsfähigere Verkehrsinfrastruktur, gezielte Standortentwicklungen für die Wirtschaft wichtiger. Unserer Ansicht nach muss das Gefüge Gesellschaft und Wirtschaft als Einheit betrachtet werden. Die Zahlen im ersten Absatz zeigen: Die grossen gesellschaftspolitischen Fragen, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Familienförderung, die Bewahrung der eigenen Identität etc., müssen im Gesamtzusammenhang mit Wirtschaft, Umwelt etc. betrachtet werden.

In der heutigen Landtags-sitzung stellen die Abgeordneten Erich Hasler, Thomas Rehak und Herbert Elkuch ein Postulat zur Familienförderung vor unter Einbezug der Verkehrsinfrastruktur, welche ein Teil der Wirtschaft ist. Konkret wird die Regierung eingeladen, die Kosten einer

Finanzierung von LIEmobil-Abos für Schüler über 6 Jahre, Lehrlinge und Jugendliche in Ausbildung bis zum Alter 25, abzüglich der bereits durch Staat und Schulamt gedeckten Kosten, zu ermitteln. Dabei soll auch ermittelt werden, welcher Einnahmefall für die LIEmobil resp. welche Minderbelastung der Eltern resultiert, wenn die Abos in Zukunft wieder kostenfrei sind. Im Weiteren soll geprüft werden, ob die Finanzierung der Mindereinnahmen aus der **Familienausgleichskasse (FAK)** EWR-rechtlich zulässig wäre.

Wenn beide Regierungsparteien jeweils ihre Argumentation ernst meinen, müssten sie eigentlich bereit sein, die von den Postulanten gestellten Fragen zur Beantwortung an die Regierung weiterzuleiten.

Eine Stellungnahme der DU-Landtagsabgeordneten Erich Hasler, Thomas Rehak, Herbert Elkuch